



Eine Medaille: Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit

SPD-Urgestein Ernst Schwanhold vermisst optimistischen Zukunftsentwurf

Zu seiner Zeit als Parlamentarier gehörte Ernst Schwanhold zu den politischen Schwergewichten. Der Sozialdemokrat war über zehn Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestages, zudem von 1995 bis 1998 wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes, bevor er ab dem 27. Juni 2000 in das Kabinett von Wolfgang Clement als Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr berufen wurde. Inzwischen hat sich Schwanhold formell aus der aktiven Politik zurückgezogen. Gleichwohl ist seine Meinung als Politikberater hinter den Kulissen des Bundestages weiterhin gefragt.

?

An wen oder was denken Sie, wenn Sie den Vers von Wilhelm Busch über den „fliegenden Frosch“ hören: „Wenn einer, der mit Mühe kaum, gekrochen ist auf einen Baum, schon meint, dass er ein Vogel wär, so irrt sich der.“?

Ernst Schwanhold: Sie spielen auf das Verhältnis zwischen Gerhard Schröder und Martin Schulz an. Schröder antwortete mit diesem Zitat in einem Interview mit der Schweizer Illustrierten auf die Vorhaltungen von Martin Schulz, dass der Geist des Schröder-Blair-Papiers Ursache für das schlechte Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl gewesen sei.

?

Halten Sie das Argument von Martin Schulz denn für stichhaltig?

„Dass die SPD von den Erfolgen der Reformpolitik Gerhard Schröders bei der Bundestagswahl nicht profitiert hat, liegt an der Partei selbst, weil sie sich nie mit der Agenda 2010 ausgesöhnt hat.“

Ernst Schwanhold: Ich halte das Argument von Martin Schulz für falsch. Dass die SPD von den Erfolgen der Reformpolitik Gerhard Schröders bei der Bundestagswahl nicht profitiert hat, liegt an der Partei selbst, weil sie sich nie mit der Agenda 2010 ausgesöhnt hat.

?

Ähnlich wie Gerhard Schröder hat sich auch Sigmar Gabriel geäußert. Die SPD habe den falschen Wahlkampslogan gehabt, so der frühere Parteivorsitzende. Teilen Sie Gabrels Meinung?

Ernst Schwanhold: Auch ich bin der Meinung, dass der Slogan „Zeit für Gerechtigkeit“ problematisch für eine Partei ist, die von den letzten 20 Jahren 16 in der Regierung verbracht hat. Natürlich gibt es Menschen in einer Gesellschaft, die sich abgehängt fühlen. Insofern kann man den Begriff „Gerechtigkeit“ durchaus mit Leben füllen. Am Anfang aber muss der Grundsatz „Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit“ stehen, weil das zusammengehört, um eine prosperierende Volkswirtschaft zu haben, die sich einen Sozialstaat auch leisten kann. Leider hat die SPD in ihren Führungsgremien unter Gerechtigkeit nur Umverteilung verstanden. Was der Partei fehlt, ist ein optimistischer Zukunftsentwurf.

?

Ein weiterer Fehler sei es gewesen, die Sorgen der Menschen vor Zuwanderung nicht offen anzusprechen. „Die SPD habe dies versäumt – aus „panischer Angst“ durch der AfD zu nutzen“, so Gabrels weiterer Vorwurf.

Ernst Schwanhold: Ich hätte mir genau wie Gabriel gewünscht, wenn die SPD die Sorgen der Menschen vor ungezügelter Zuwanderung thematisiert hätte. Das Argument, eine Diskussion über diesen Problembereich hätte der AfD genutzt, teile ich nicht. Im Gegenteil: Es hätte der SPD gedient, wenn sie die Sorgen der Menschen und die sich daraus ergebenden Fragen offen angesprochen hätte. Ich beklage, dass die Volksparteien es ge-

meinsam versäumt haben, zu einer einheitlichen Sprachregelung zu kommen. Soll heißen: Wir stehen für eine humane Aufnahme von tatsächlichen Asylberechtigten. Wer aber keinen Anspruch auf Asyl hat, der muss umgehend das Land verlassen. Außerdem darf in der Bevölkerung nicht der Eindruck entstehen, dass für die Flüchtlinge und Asylbewerber finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die vorher der eigenen Bevölkerung verwehrt wurden, beispielsweise bei bezahlbarem Wohnraum. Leider hat die SPD auch versäumt, das Thema innere Sicherheit ganz oben auf die Agenda zu setzen. Wir erleben in einigen Ballungsräumen bereits rechtsfreie Räume. Die Bürger erwarten von uns einen starken Rechtsstaat, der ihnen Sicherheit garantiert. Auch in dieser Frage hat die SPD die Mitte preisgegeben. Die SPD hat immer gute Wahlergebnisse erzielt, wenn sie gesellschaftliche Fragen, die die Bürger bewegen, in den Mittelpunkt ihrer Programmatik gestellt hat. Das ist leider versäumt worden.

?

Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz hat in einem Papier mit dem Titel „Keine Ausflüchte! Neue Zukunftsfragen beantworten! Klare Grundsätze!“ verlangt, auf immer wieder bemühte „Ausflüchte“ zu verzichten. Vor allem ein mangelnder Fokus auf soziale Gerechtigkeit tauge nicht zur Erklärung des Bundestagswahlergebnisses. Die Probleme der Partei seien „grundsätzlicher“. Welche grundlegenden Probleme sehen Sie über die bereits genannten hinaus?

Ernst Schwanhold: Das grundsätzliche Problem der SPD ist, dass die Partei es nicht deutlich gemacht hat, wie sich diese Gesellschaft in den nächsten Jahren verändert wird und was die Politik dafür tun muss, dass die Veränderungen für die Bürger insgesamt und nicht für einige Wenige erträglich sind. Hierzu gehört vor allem der Bereich Bildung. Wir müssen den Menschen Bildungsmöglichkeiten anbieten, ▶

damit sie den neuen Herausforderungen gerecht werden. Wir müssen den Menschen eine Perspektive geben, damit sie von dem, was sie mit ihrer Arbeit verdienen, auch zurechtkommen und leben können. Kurzum, wir müssen ihnen die Chance bieten, aus eigener Leistung heraus ihr Leben zu gestalten.

Während Herr Stegner die SPD weiter nach links rücken möchte, plädiert Olaf Scholz für einen pragmatischen Kurs, der wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit verbinden soll. Steht ob dieser grundsätzlich verschiedenen politischen Ausrichtung die SPD vor einer Zerreißprobe?

Ernst Schwanhold: Die SPD hat immer einen bürgerlichen Flügel und ein linkes Lager gehabt. Herr Stegner ist ein besonderer Protagonist des linken Lagers. Deshalb möchte ich nicht von einer Zerreißprobe sprechen, vor der die SPD insgesamt steht. Lassen Sie mich das so einordnen: Wir geben da einem Protagonisten zu viel Spielraum, der mit seiner Meinung nicht dafür steht, die Zukunftsfragen der Gesellschaft zu lösen.

Wie positioniert sich der Seeheimer-Kreis, der als konservativ gilt und dem auch Sie angehören?

Ernst Schwanhold: Der Seeheimer-Kreis ist ein Zusammenschluss von pragmatisch denkenden und handelnden SPD-Politikern. Er wird sicher in der Bundestagsfraktion, wie auch schon in der Vergangenheit, zur richtigen Balance beitragen. Allerdings wäre es aus meiner Sicht besser, wenn die SPD nicht in unterschiedlichen Kreisen diskutieren, sondern gemeinsam mit-



„Leider hat die SPD in ihren Führungs-gremien unter Gerechtigkeit nur Umver-teilung verstanden.“

Ernst Schwanhold über den SPD-Wahlkampslogan „Zeit für Gerechtigkeit“

einander um bessere Lösungen ringen würde. Einer in sich streitenden Partei trauen die Wählerinnen und Wähler nämlich nicht zu, Zukunftsfragen der Gesellschaft zu lösen.

Auf den Regionalkonferenzen der SPD hört man kritische Stimmen über die SPD-Führung und die Forderung nach neuem Personal an der Spitze der Partei. Wen halten Sie für geeignet, die Sozialdemokraten aus dem Tal der Tränen herauszuführen?

Ernst Schwanhold: Olaf Scholz hat ein bemerkenswertes Papier verfasst, das in die richtige Richtung zeigt. Allerdings gehöre ich nicht zu denen, die Martin Schulz allein für das Wahldesaster verantwortlich machen. Martin Schulz hat als Präsident des Europaparlaments in beachtlicher Weise gewirkt. Wenn ich sehe, wie Europa auseinanderdriftet, wird es eine große Herausforderung sein, dazu beizutragen, dass Europa eine Wertegemeinschaft bleibt. Deshalb sehe ich sowohl für Scholz als auch für Schulz eine wichtige Rolle innerhalb der Partei. Natürlich wachsen auch in der SPD politische Talente heran, aber sie haben nach meiner

Wahrnehmung noch nicht den Durchbruch geschafft. Das aber gilt im Übrigen für alle Parteien. Oder kennen Sie in der Union eine Person, die Frau Merkel als Parteivorsitzende beerben könnte?

Wenn die Jamaika-Koalition scheitern sollte, will Schulz Neuwahlen. Bedeuten Neuwahlen aber nicht auch gleichzeitig, dass dann die Ränder links und rechts noch weiter gestärkt werden und die SPD riskiert, ihren Status als Volkspartei gänzlich zu verlieren?

Ernst Schwanhold: Neuwahlen würden in der Tat für die bürgerlichen Parteien ein ernsthaftes Problem darstellen, weil es den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln ist, so lange an die Wahlurne gerufen zu werden, bis für die Politiker eine für sie genehme Mehrheit zustande kommt. Demokratische Parteien, die dem bürgerlichen Lager zuzuordnen sind, müssen untereinander koalitionsfähig und damit kompromissfähig bleiben. Insofern bin ich auch nicht sonderlich glücklich darüber, dass Martin Schulz die Beteiligung der SPD an einer Großen Koalition von vornherein kategorisch ausgeschlossen hat.



MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
 (0231) 2265788
 info@k6-medien.de

